

Spannungsfeld Non-Profit-Organisationen

NPOs zwischen Wegschauen und Widerstand: Wie können NPOs und die Zivilgesellschaft handeln im Sinne einer pluralistischen Demokratie?

Prof. (FH)

Mag. Thomas Schweinschwaller

Durch die österreichische Regierung ist das Herabwürdigen von sozialen Organisationen, wie z. B. Caritas oder Diakonie, Mode geworden. Entsprechende Illustrationen werden von RegierungsvertreterInnen fast im Wochentakt geboten. Auch werden von der Regierung Feindbilder geschaffen und bedient. Wenn Sozialhilfeleistungen mit Missbrauch in Verbindung gebracht werden, dann schafft die Regierung eine alternative Erzählung zur solidarischen Gesellschaft, die ein verbindendes Narrativ der 2. Republik ist. Und natürlich, es gibt auch jene, die das Sozialsystem ausnützen – aber einzeln! Und dagegen vorzugehen ist nicht reaktionär, sondern notwendig für alle jene, welche die Unterstützung durch staatliche Transfers brauchen.

Die Agenda dieser Reformregierung zeigt sich eindeutig in ihren Worten und Taten – z. B. die der Einführung des 12 Stunden Arbeitstages im Eiltempo oder der Entscheidung zum Karfreitag: zu Gunsten der Wirtschaft. Und es gibt ein klares Bekenntnis im Handeln der Verantwortlichen zur Ungleichbehandlung: „Die Fleißigen sollen belohnt werden, und dann gibt es die Flüchtlinge“. Diese Personengruppe ist für die Regierung außerordentlich nützlich und es wird nicht damit gespart, mit dem Thema politisches Kapital zu generieren. Folgende Frage drängt sich auf: Wenn die Regierung sich an diesen Personen abgearbeitet hat, wer kommt dann?

Neu sind auch die Art und Weise der Regierung, soziale Organisationen in einem abwertenden Ton zu disqualifizieren und ihnen Geschäftsinteressen zu unterstellen. Mitunter wird auch das Klischee der gewinnorientierten NPOs bedient, was bereits dem Namen nach unrichtig ist: NPOs sind NON FOR

PROFIT Organisationen, die zu einem Großteil öffentliche Gelder erhalten und strengen staatlichen Kontrollen unterliegen. Diese sozialen Organisationen sind Ausdruck einer organisierten Zivilgesellschaft in Form von Vereinen und gemeinnützigen GmbHs. Sie alle leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass wir in einem sicheren Land mit hohen Standards leben können.

Die Betätigungsfelder von NPOs sind äußerst vielfältig, wie man am Roten Kreuz, einer Behindertenorganisation oder einem Pflegedienst sieht. Bunt sind auch deren Organisationsformen mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen MitarbeiterInnen, einfachen Führungsstrukturen oder auch etablierten Managementsystemen – je nach Form oder Größe und Vorgaben durch die FördergeberInnen.

Kritik an Regierenden

Die MitarbeiterInnen der NPOs sind und waren schon immer tätig, wo Unterstützung nötig ist. Sie sehen daher auch häufiger nicht nur die persönlichen Probleme, sondern auch die gesellschaftlichen Ursachen von Armut und Krankheit. Und das fördert bei einigen die Kritik an den Verantwortlichen (Regierenden) als MahnerInnen für gelebte Solidarität. Diese Kritik wird aktuell nicht gerne gehört. Wenn ExpertInnen sich nach Entscheidungen der Regierung öffentlich beschweren, dass ihr Wissen ignoriert wurde, dann kommt die Retourkutsche von Regierungsverantwortlichen, die sie als „sogenannte ExpertInnen“ bezeichnen und damit abqualifizieren. Durch eine wirklich gelungene Message Control lässt die Regierung die Puppen so tanzen, wie es ihr gefällt: „Bist du nicht für mich, dann bist du gegen mich“. Ist das Zeichen einer pluralistischen Demo-

kratie?

Ein Schelm ist, wer darin kein klares Muster erkennen will. Wenn wir zum Schluss kommen, dass die Regierung nicht bloß die neoliberale Sparpolitik im NPO Bereich von früheren Regierungen fortsetzen will, dann bilden ihre Entscheidungen und stetig bedienten Narrative einen klaren Kurswechsel hin zu einer autoritären Agenda. Vielfalt und Komplexität im Zusammenleben werden durch Homogenität und vereinfachende Wenn-dann Logiken ersetzt. Und das ist die Strategie rechtspopulistischer Regierungen! Eine Hoffnung, diesen eingeschlagenen Weg verfassungskonform zurecht zu weisen, scheint weniger die Opposition, als das Vertrauen auf unabhängigen Entscheidungen von Höchstgerichten zu sein. Eine intakte Justiz ist die 3. Säule in der Demokratie und braucht die nötigen finanziellen Mittel, um den Rechtsstaat aufrecht zu erhalten.

Und irgendwie ist die bediente Hoffnung nach Einfachheit und Verallgemeinerung schon verständlich: Das Versprechen des Wachstums und der kontinuierlichen Verbesserung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts bröckelt und das sorgt viele, und es nährt die Angst vor einem sozialen Abstieg. Und da ist es für viele schon stabilisierend zu wissen, dass es andere gibt, denen es noch schlechter gehen soll und genau das wird von der Regierung vorangetrieben.

Wer heute an den Betätigungsfeldern der Zivilgesellschaft signifikant rüttelt, wer soziale Arbeit abwertet und zivilgesellschaftliches Engagement z. B. als Willkommensklatscher diffamiert, der propagiert ein simples und spaltendes Weltbild. Genau dagegen und für das Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie sind auch mündige BürgerInnen

und mutige NPOs gefragt.

Was können wir tun?

Eine förderliche Haltung dem Rechtspopulismus der Regierung zu begegnen ist, wachsam zu sein und deutlich Farbe zu bekennen, wo der Weg der Konsensdemokratie verlassen wird, der sich durch Verhandlung und Partizipation auszeichnet. Hierzu gibt es z. B. die Möglichkeit zur aktiven Diskussion mit den gewählten MandatarInnen und das bewusste Unterstützen von unabhängigen Medien. Nicht nur Demonstrationen sind hier möglich, sondern auch das Nutzen von digitalen Wegen der Solidarität wie eine österreichische Plattform (www.aufstehn.at) erfolgreich zeigt.

Geschichtsbewusstsein aktivieren

„Nie wieder!“ ist und war ein klares Bekenntnis der Zivilgesellschaft und Politik als Lehre nach den Grauen des 2. Weltkrieges. Aus den Entwicklungen am Beginn des 20. Jahrhunderts können wir erkennen, dass der Totalitarismus durch viele kleine, häufig unmerkliche Schritte systematisch vorbereitet wurde: Wenn Demonstrationsrechte eingeschränkt werden und kritische Stimmen verunglimpft werden, dann aktiviert wohl ein Blick zurück und ins Ausland zum deutlichen Nein. Wenn wiederum NPOs und zivilge-

sellschaftliche Initiativen angegriffen werden, dann ist es möglich diesen Abwertungen Aufwertungen entgegenzusetzen, indem so viele NutzerInnen wie möglich gute Geschichten über ihre HelferInnen und Organisationen als stärkende Geschichten verbreiten oder demonstrativ für sie spenden.

Zusammen sind wir viele: Gelebte Solidarität

NPOs und zivilgesellschaftliche Initiativen bestehen aus vielen Menschen und ihren Netzwerken. Wenn anstelle von Eigennutzen und Grabenkämpfen, eine gelebte Solidarität hergestellt wird, dann gibt es viele WächterInnen für eine solidarische Gesellschaft. Dadurch können Gräben, die durch Spaltungen und Ausgrenzung entstehen, gekittet werden, indem sie für eine vielfältige Gesellschaft entstehen.

Wenn wir uns kurz in die Zukunft beamen, dann sind es unser Tun oder unser Lassen, das auf uns und unsere Nachkommen Wirkung haben wird. Aus meiner Sicht fordert uns die aktuelle Entwicklung heraus, uns folgende Frage zu stellen: Für welche Zukunft wollen wir unsere Beiträge geleistet haben? Ist es Zeit, aktiv zu werden?

Prof. (FH)

Mag. Thomas Schweinschwaller

www.vielfarben.at/das-team